

E-Mail-Newsletter

Nr. 189, 12. Februar 2015

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung in Baden-Württemberg für eine gute Aufnahme, Beratung und Begleitung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg, sprich „Willkommenskultur“, ist nach wie vor sehr groß. An vielen Orten entstehen nicht nur neue Flüchtlingsunterkünfte, sondern auch neue Initiativen und Helferkreise, die den Flüchtlingen beim Einleben in Deutschland behilflich sind. Durch die erhöhte Förderung durch das Land Baden-Württemberg kann auch der Flüchtlingsrat dankenswerterweise die Initiativen im Land durch Beratung, Informationen, Fortbildungen und durch Öffentlichkeitsarbeit besser unterstützen. Ansonsten hat dieses Jahr eher unerfreulich angefangen: Es wird jetzt auch in Baden-Württemberg im Winter „konsequent“ abgeschoben, die nächste Sammelabschiebung in die Balkanstaaten ist für den 24. Februar vorgesehen. Die Landes-CDU hat den Wahlkampf eingeläutet und will „Kante zeigen“ gegen abgelehnte Asylsuchende. Wir hoffen dagegen immer noch auf eine gute Bleiberechtsregelung für Langzeitgeduldete, die derzeit von der Bundesregierung an eine Verschärfung des Aufenthaltsrechts und neue Bestimmungen zur Abschiebehaft geknüpft werden. Die Zahl der Asylsuchenden im Land steigt wegen der Massenflucht aus dem Kosovo weiter an. Wie die dpa heute meldet, will der Bund dafür sorgen, dass Asylverfahren in Bayern, Baden-Württemberg, NRW und Niedersachsen auf zwei Wochen verkürzt werden. Dies sei bei einer Telefonkonferenz der Innenminister vereinbart worden. Baden-Württemberg will 20 Grenzbeamte nach Serbien entsenden. Wir sagen weiterhin: Kein Mensch flieht freiwillig! Statt einer „humanen Abschiebep Praxis“ müssen die Anstrengungen verstärkt werden, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsstaaten und sonstige Fluchtursachen zu bekämpfen. Allein die Grenzen abzuschotten wird auch weiterhin im schlimmsten Fall zu Flüchtlingskatastrophen führen wie erneut letzte Woche vor Lampedusa mit über 300 Toten.

Die erste Plenumstagung des Flüchtlingsrats in diesem Jahr ist am 7. März. Dazu laden wir Sie herzlich ein. Auf unserer Homepage finden Sie das Programm und die Möglichkeit der Online-Anmeldung.

Wir wünschen Ihnen allen ein gutes und erfolgreiches Jahr in der Flüchtlingsarbeit und im Einsatz für die Rechte von Flüchtlingen
Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „**Weiterlesen...**“ klicken, gelangen sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Jahresstatistik 2014 für Baden-Württemberg: Über 25.000 neue Asylsuchende

Nach Angaben des Ministeriums für Integration wurden in Baden-Württemberg im Jahr 2014 insgesamt 25.673 Asylerstantragsteller/innen aufgenommen (BRD: 173.072). Während im zweiten Halbjahr die Zahl der Asylsuchenden aus Syrien und Serbien sank, stieg die Zahl von Antragsteller/innen aus dem Kosovo stark an. Dieser Trend setzte sich auch Anfang 2015 fort. Im Januar 2015 wurden 3.695 Asylsuchende aufgenommen, davon 1.306 aus dem Kosovo.

[Weiterlesen ...](#) -

29.01.2015 Ministerium für Integration BW: [Zahlen und Daten](#)

- 29.01.2015 Südwest Presse: ["Die Zahl der Flüchtlinge im Land ist so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Viele kommen aus Syrien. Ministerin Öney appelliert an den Bund, mehr Personal für das Bearbeiten der Asylanträge bereitzustellen."](#)

Weitere Erstaufnahmestellen geplant

Schwäbisch Hall soll weiterer LEA-Standort werden. Aktuell hat das Land 8.400 Unterbringungsplätze in der Erstaufnahme, darunter diverse "Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtungen" (BEA) in einer Kaserne in Heidelberg oder einem Zelt in Karlsruhe. Neben der seit langem existierenden Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Karlsruhe ist seit Oktober eine zweite LEA in Meßstetten (Zollernalbkreis) in Betrieb. Im April sollte die dritte LEA in Ellwangen eröffnet werden, ebenfalls mit einer Kapazität von bis zu 1.000 Personen. Ein zunächst anvisierter Neubau in Tübingen ist aufgrund von Sonderinteressen der Stadt Tübingen verworfen worden, in Tübingen wird aber weiter nach einem Standort gesucht. Wie ganz aktuell zu erfahren war, sollen auch in Villingen-Schwenningen und Sigmaringen bereits in Kürze LEA eröffnet werden. Mitte 2015 soll eine eigenständige LEA in Mannheim eröffnet werden, im Jahr 2016 weitere in Freiburg und Schwäbisch Hall. [Weiterlesen ...](#)

Konzepte zur besseren Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat sich die Verbesserung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu einer zentralen Aufgabe gemacht. Drei Monate nach dem "Asylkompromiss" und dem Stuttgarter Flüchtlingsgipfel lud die Landtagsfraktion der Grünen zu einem Runden Tisch, zu dem Vertreter/innen von Ministerien, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, des Handwerkskammertags, der Südwestmetall, der kommunalen Spitzenverbände und die Bleiberechtsnetzwerke eingeladen waren. Auch das Integrationsministerium und die SPD stellten Anfang Januar ihre Konzepte vor. [Weiterlesen ...](#)

Landes-CDU will "Kante zeigen"

Der Wahlkampf in Baden-Württemberg hat begonnen. Nach der Klausur der CDU-Fraktion Mitte Januar forderte CDU-Fraktionschef Peter Hauk schnellere Abschiebungen. Die große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung dürfe nicht als Vorwand genommen werden, um Abschiebungen abgelehnter Asylsuchender zu verzögern. Der Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Guido Wolf, stieß kurz darauf ins gleiche Horn: *"Wir müssen auch Kante zeigen, dort, wo wir Gefahr laufen, dass das Asylrecht missbraucht wird."*

- 15.01.2015 Schwäbische Zeitung: ["CDU startet mit Asyldebatte ins Politjahr"](#)

Statt Winterabschiebestopp: Baden-Württemberg schiebt ab

Am 20. Januar wurden 140 Flüchtlinge ab Baden-Airpark nach Serbien und Mazedonien abgeschoben, darunter 61 Personen aus Baden-Württemberg. Unter den Abgeschobenen befand sich auch die Familie Ametovic (alleinerziehende kranke Frau mit sechs Kindern) aus Freiburg, für deren Bleiberecht sich das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung intensiv einsetzte. Das Forum war *"erschüttert über das eiskalte Vorgehen der Behörden."* Das Landesinnenministerium forciert den Vollzug des sog. "Asylkompromisses" und gibt dabei vor, Einzelfallprüfungen und eine "humane Abschiebungspraxis" zu betreiben. Aussagen von Seiten des Innenministeriums, die abgeschobene Familie sei in Serbien gut aufgenommen worden und habe Hilfen erhalten, widersprechen sich mit den Aussagen von Vertreter/innen des Jugendhilfswerks Freiburg, die die Frau mit ihren Kindern in Nis besuchten. Für den 24. Februar wird die nächste Sammelabschiebung erwartet. [Weiterlesen ...](#)

50 Prozent mehr Asylverfahren an den Verwaltungsgerichten in Baden-Württemberg

Mit 7.728 neuen Asylverfahren in 2014 verzeichneten die vier Verwaltungsgerichte Baden-Württembergs einen Anstieg von 50 % (2013: 5.121). Das ergibt sich aus dem Bericht über die Geschäftstätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahr 2014, der kürzlich veröffentlicht wurde. Wie schon in den beiden Jahren zuvor stammten die meisten Kläger/innen aus Serbien (17,2 %), gefolgt von Asylbewerber/innen aus Gambia (14,5 %) und Mazedonien (13,0 %). Im Durchschnitt betrug die Verfahrensdauer bei Klagen 9,3 Monate und bei Eilverfahren 1,9 Monate und damit etwas mehr als im Vorjahr. Die Erfolgsquoten (Stattgabe oder Teilstattgabe) im Asylverfahren betragen bei den Anträgen auf Zulassung der Berufung 8,7% (Vorjahr 8,2%) und bei den Berufungen 35% (Vorjahr 24%). Bemerkenswert hoch ist die Erfolgsquote der Berufungen beim VGH Mannheim mit 35 %. Im Jahr 2013 war nicht einmal jede vierte Berufung erfolgreich (24 %).

- 03.02.2015: [Geschäftsbericht Verwaltungsgerichtsbarkeit 2014](#)

„Endstation“ 1. Instanz? – VGH Präsident plädiert für erweiterten Rechtsschutz im Asylverfahren

Im politischen Trend der Bundesregierung dürfte Baden-Württembergs oberster Verwaltungsrichter mit seiner Forderung wohl eher nicht liegen. Eine zweite Instanz in Eilverfahren und die Erweiterung der Berufungsmöglichkeiten

in Hauptsacheverfahren führen fraglos zu einer längeren Verfahrensdauer. Allerdings würde dadurch nur das Rechtsschutzniveau erreicht, das in allen anderen Rechtsgebieten ohnehin absoluter Standard ist. [Weiterlesen ...](#)

Pressemeldung des akj zu Strafverfahren gegen „Schleuserbande“ vor dem Landgericht Freiburg

Seit dem 30. Januar wird am Landgericht Freiburg der Fall von drei mutmaßlichen Mitgliedern einer „Schleuserbande“ verhandelt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, Einbrüche in Rathäuser in Auftrag gegeben, die dabei erbeuteten Blankodokumente zum Fälschen von Ausweisen verwendet und so syrischen Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland ermöglicht zu haben. Der Arbeitskreis kritischer Juristinnen und Juristen Freiburg sieht die Taten der Angeklagten als "lebensrettende Fluchthilfe" und rechnet mit einem Freispruch. [Weiterlesen ...](#)
29.01.2015 Pressemitteilung Arbeitskreis kritischer Juristinnen und Juristen Freiburg: "[Strafe für lebensrettende Fluchthilfe?](#)"

Flüchtlingsrat beteiligt sich an PRO ASYL-Kampagne „Wir treten ein“

[Wir treten ein! Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III.](#)

Im Rahmen der Dublin-Verordnung werden viele Flüchtlinge in Europa wie Stückgut hin- und hergeschoben, in Haft genommen oder landen obdachlos auf der Straße. Das Dublin-System ist unsolidarisch, es funktioniert nach dem St. Florians-Prinzip. Doch dagegen regt sich immer mehr Widerstand. Pro Asyl hat Anfang 2015 die Kampagne „[Wir treten ein](#)“ gestartet. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg schließt sich dieser Kampagne an und verstärkt im Jahr 2015 sein Engagement gegen das Hin- und Hergeschiebe von Flüchtlingen nach der Dublin-Verordnung. [Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze:

Online-Petition für die Wiedereinreise der Familie Ametovic aus Freiburg

Die Organisatoren wollen mindestens 32.000 Unterschriften sammeln - Machen Sie mit!

Am 20. Januar wurde die aus Serbien stammende und an Hepatitis B erkrankte Frau Ametovic zusammen mit ihren sechs minderjährigen Kindern nach Serbien abgeschoben. Das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung und die Aktion Bleiberecht Freiburg starteten am 26. Januar eine Petition für ein Wiedereinreise- und Bleiberecht für diese Familie. **Online-Petition:** "[Sofortiges Wiedereinreise- und Rückkehrrecht von Frau Ametovic und ihren Kindern nach Freiburg!](#)"

- 29.12.2014 **Stuttgarter Ehrenamtliche erhält Verdienstmedaille des Bundes.** Brigitte Hahn hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten die Verdienstmedaille des Bundes erhalten. Die 77-Jährige engagiert sich seit 14 Jahren für Asylsuchende im Stuttgarter Süden. 29.12.2014 Stuttgarter Zeitung: "[Auszeichnung für unermüdlischen Einsatz](#)"

- **Landesregierung dankt Bürger/innen für ihr Engagement für Flüchtlinge:** Mit einem Empfang im Neuen Schloss in Stuttgart am 31. Januar hat sich die Landesregierung bei den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg bedankt.

03.02.2015 Portal der Landesregierung www.baden-wuerttemberg.de: [Link zu Pressemitteilung und Video](#)

- 14.01.2015 **Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge in Stuttgart: So viele Freundeskreise wie noch nie.** 750 Stuttgarter Bürger/innen engagieren sich in den derzeit 26 Freundeskreisen für Asylsuchende, wie die Stuttgarter Zeitung berichtet. Stefan Spatz, der Leiter des Sozialamtes, spricht von einer "*nie da gewesenen Dynamik*". Beispielsweise hätten sich zu dem neuen Wohnheim im Neckarpark mit rund 240 Plätzen in kurzer Zeit bereits 140 ehrenamtliche Unterstützer/innen gefunden.

08.01.2015 Stuttgarter Zeitung: "[Die Suche nach Unterkünften geht weiter](#)"

- 12.01.2015: **Bürgermedaille der Stadt Offenburg geht an den Arbeitskreis Asyl.** Beim Neujahrsempfang verlieh der Oberbürgermeister der Stadt Offenburg neben zwei anderen Initiativen auch dem Ökumenischen Arbeitskreis Asyl die Bürgermedaille "für hervorragende bürgerliche Mitwirkung". Der seit über 30 Jahren bestehenden Initiative gehören derzeit 45 Mitglieder an. 12.01.2015 Badische Zeitung: "[Dreimal Gold für das Ehrenamt](#)"

26.01.2015 **Ellwangen zeigte Flagge** Unter dem Motto "Ellwangen zeigt Flagge - Für eine Zukunft geflüchteter Menschen in Solidarität und Gerechtigkeit" gingen am 24. Januar ca. 1000 Menschen aus dem Ostalbkreis auf die Straße. Oberbürgermeister Karl Hilsenbeck sah in der friedlichen Demonstration ein starkes Signal dafür, dass Flüchtlinge in der 25.000-Einwohner-Stadt willkommen sind. Ab dem Frühjahr sollen in der neuen Erstaufnahmestelle in der Reinhardt-Kaserne ca. 1000 Asylsuchende untergebracht werden. [Weiterlesen ...](#)

- 28.01.2015 Südwest Presse: "[Über 20 Jahre Engagement für Flüchtlinge](#)". Landrat Günther-Martin Pauli dankte Hella Jetter, Mitbegründerin des Arbeitskreises Asyl in Hechingen, für ihr jahrzehntelanges Engagement.

04.02.2015 [Schulkinder sollen in Obdachlosigkeit abgeschoben werden](#) Arbeitskreis Roma-Solidarität Konstanz fordert humanitäres Bleiberecht für zwei Familien. In der Zwischenzeit wurde die Abschiebung vorübergehend ausgesetzt. [Weiterlesen ...](#)

- 05.02.2015 ["Strippenzieher und Vernetzer. Für den ehemaligen Sozialrichter Günter Jung ist die Flüchtlingshilfe ein Halbtagsjob"](#) (PDF) Die Südwest Presse würdigte den ehemaligen Sozialrichter Günter Jung in einem ausführlichen Artikel über sein ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge. Seit über 20 Jahren ist der Reutlinger in der Asylberatung und Flüchtlingsarbeit in Reutlingen aktiv. Erst vor kurzem wurde in Reutlingen ein viertes Asylcafé in einem evangelischen Gemeindezentrum eröffnet. Günter Jung ist Mitglied im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg.

- 05.02.2015 [Lampedusa geht uns alle an!](#) Die Bürgermeisterin von Lampedusa, Guisi Nicolini, war Ende Januar zu Gast bei den Stuttgarter Flüchtlingsgesprächen. Sie berichtete über die Lage auf ihrer Heimatinsel und forderte eine humanere EU-Flüchtlingspolitik. [Weiterlesen ...](#)

- 12.02.2015: **Neue Außenstelle von Refugio in Tübingen:** In Baden-Württemberg gibt es jetzt sechs psychosoziale Zentren für traumatisierte Flüchtlinge und Folteropfer. Ende Januar wurde in Tübingen eine Außenstelle von Refugio Stuttgart eröffnet. Das Zentrum, in dem zunächst eine Psychotherapeutin und ein Sozialpädagoge beschäftigt sind, wird finanziell u.a. von der Diözese Rottenburg Stuttgart gefördert. Die Refugio Regionalstelle Tübingen wird für PatientInnen aus der Region Neckar-Alb und Schwarzwald zuständig sein.

- 12.02.2015 Schwäbisches Tagblatt: ["Neue Beratungsstelle für traumatisierte Asylsuchende in Tübingen"](#)

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Zahl der Asylanträge 2014 um fast 60 % angestiegen

Laut der Asylgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge stellten im Jahr 2014 202.834 Personen einen Asylantrag (59,7% mehr als 2013). Mehrheitlich handelte es sich um Erstanträge (173.072), die Zahl der Folgeanträge belief sich auf 29.762. Insgesamt hat das BAMF in 2014 über 128.911 Erst- und Folgeanträge entschieden. Die Gesamtschutzquote, d.h. die Asylanerkennungen, Zuerkennungen der Flüchtlingseigenschaft oder Gewährung von subsidiärem Schutz, betrug 31,5 % (2013: 24,9 %). Demgegenüber wurden 33,4 % der Anträge als unbegründet bzw. offensichtlich unbegründet abgelehnt (2013: 38,5 %), während 35,2 % „formell“ abgelehnt wurden, was in ca. der Hälfte aller Fälle auf Dublin-Verfahren zurückzuführen war. [Weiterlesen ...](#)

Tausende fliehen aus dem Kosovo

Politik will „Sofortmaßnahmen“ ergreifen und auch das Kosovo, Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Trotz millionenschwerer Hilfen der EU sind die Lebensverhältnisse im Kosovo für viele Menschen so untragbar wie noch nie. Seit November sind deswegen über 50.000 Menschen aus dem kleinen Balkanstaat geflohen. Ziel sind vor allem Deutschland, Österreich und die Schweiz. Allein im Januar haben 3.630 Menschen aus dem Kosovo einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Ein Drittel aller Asylsuchenden, die derzeit nach Baden-Württemberg kommen, stammen aus dem Kosovo. Politiker von CDU und CSU fordern deswegen die Einstufung weiterer Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten und die Wiedereinführung der Sachleistungsversorgung, Integrationsministerin Öney (SPD) denkt laut über die Einführung von Grenzkontrollen nach. Pro Asyl fordert, gegen Armut und Diskriminierung vorzugehen statt das Asylrecht zu verschärfen. [Weiterlesen ...](#)

Neues Asylbewerberleistungsgesetz tritt am 1. März in Kraft

Die von der Bundesregierung verabschiedete Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes wird am 1. März in Kraft treten. Sie schreibt eine Anhebung der vom Bundesverfassungsgericht 2012 für verfassungswidrig erklärten Leistungssätze fest. Welche Änderungen das Gesetz bringt und was (leider) bleibt, wie es ist: [Weiterlesen ...](#)

Gesetzentwurf des Bundes zum Aufenthaltsgesetz hintertreibt Bleiberechtsregelung

Das "Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung" sieht die Einführung einer neuen gesetzlichen Bleiberechtsregelung für Langzeitgeduldete vor. Diese soll aber nur in Verbindung mit gleichzeitig geplanten massiven Verschärfungen des Ausländer- und Aufenthaltsrechts verabschiedet werden, die wiederum die Chancen für viele Langzeitgeduldete auf eine Aufenthaltserlaubnis verunmöglichen können. Am 6. Februar war der [Gesetzentwurf der Bundesregierung](#) in 1. Lesung im Bundesrat behandelt. Die 1. Lesung im Bundestag ist am 6. März. Mit der Verabschiedung des Gesetzes wird im Sommer gerechnet. Wohlfahrtsverbände und

Flüchtlingshilfsorganisationen haben den Gesetzentwurf scharf kritisiert. Der Bundesrat fordert Nachbesserungen bei dem Gesetz, muss aber im Gesetzgebungsverfahren nur gehört werden. [Weiterlesen ...](#)

"Schonzeit" für Flüchtlinge während der Ausbildung gefordert

In einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel haben die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz dafür geworben, dass der Aufenthalt von jungen Flüchtlinge während der Zeit der Ausbildung nicht beendet werden soll. Die zwischen 16 und 35 Jahre alten Flüchtlinge seien "hochinteressant für die Wirtschaft", von deren Seite angesichts des Fachkräftemangels ein entsprechender politischer Druck kommt. Die Initiative zeigt guten Willen, geht aber an der Realität vorbei. Der Zugang zu einer Ausbildung ist für Flüchtlinge im Asylverfahren bereits rechtlich möglich. Es fehlt jedoch häufig an den nötigen Unterstützungsmaßnahmen. Problematisch wird es, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde und ein Arbeitsverbot verhängt wird. An diesem ausländerrechtlichen Sanktionsinstrument wollen auch die grün-mitregierten Länder offenbar nicht rütteln. [Weiterlesen ...](#)

Starke Zunahme rassistischer Gewalt gegen Flüchtlinge

Die Amadeo Antonio Stiftung und Pro Asyl führen eine Chronik, in der rechtsextreme und rassistische Gewalttaten und Propagandadelikte gegen Flüchtlinge dokumentiert werden. Demnach kam es im Jahr 2014 in 153 Fällen zu Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und in 77 Fällen zu tätlichen Angriffen auf Flüchtlinge. Neben 256 flüchtlingsfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen gab es 35 Brandanschläge auf Unterkünfte wie im Dezember im fränkischen Vorrä und 118 Sachbeschädigungen an Unterkünften. In Baden-Württemberg gab es zwei Brandanschläge und zwei Körperverletzungsdelikte. [Weiterlesen ...](#)

CDU und BAMF greifen Kirchenasyl an

Im Jahr 2014 dokumentierte die Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ 200 Kirchenasyle für mindestens 359 Personen. Damit wurden doppelt so viele Menschen durch Kirchengemeinden vor der Abschiebung bzw. Überstellung in ein anderes EU-Land geschützt wie im Vorjahr. Die CDU polemisiert derzeit gegen das Kirchenasyl, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will durchsetzen, dass die Gewährung von Kirchenasyl zukünftig als Untertauchen gewertet wird, was dazu führen würde, dass sich die Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren von 6 auf 18 Monate verlängert. Kirchen und Flüchtlingshilfsorganisationen wehren sich gegen die Angriffe auf das Kirchenasyl. [Weiterlesen ...](#)
- 04.02.2015 Pro Asyl: [„Von wegen christlich: Union greift Kirchenasyl an“](#)
- 30.01.2015 Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche: [„Stellungnahme: Neue Bedingungen in der Praxis des Kirchenasyls“](#)
- 10.02.2015 Frankfurter Rundschau: ["Pegidas Hass-Parolen wirken"](#) Innenminister Thomas de Maizière vergleicht das Kirchenasyl mit religiös motivierter Gewalt. Das ist absurd, und es zeigt, dass die Parolen der Islamhasser schon wirken.

In aller Kürze

- 11.02.2015 Neue Osnabrücker Zeitung: [„Erneut verhindern Aktivisten in Osnabrück eine Abschiebung.“](#) Dies war die 30. Verhinderung einer Dublin-Abschiebung in Osnabrück, dieses Mal sollte ein Mann aus Gambia nach Italien überstellt werden.
- 12.02.2015 PRO ASYL: ["Mehr als 300 Tote vor Lampedusa."](#) Es ist eine der größten Flüchtlingstragödien seit Jahren: Nach Informationen des UNHCR sind mehr als 300 Flüchtlinge vor Lampedusa gestorben. Doch die Toten sind keine Opfer des Meeres oder krimineller Schlepper. Es sind die Opfer der zynischen Logik europäischer und deutscher Flüchtlingspolitik.

Publikationen / Materialien

Leitfaden zur Recherche von Herkunftsländerinformationen: Der Informationsverbund Asyl und Migration hat gemeinsam mit ACCORD, einer Abteilung des Österreichischen Roten Kreuzes, eine nützliche Broschüre zur Recherche von Herkunftsländerinformationen herausgegeben. Sie informiert über die wichtigsten rechtlichen Hintergründe und Qualitätsstandards, die für die Recherche von Länderinformationen im Asylverfahren relevant sind. Darüber hinaus gibt sie Hilfestellung für die Planung einer Recherche sowie für die Beurteilung von Quellen und sie enthält zahlreiche praktische Tipps zur Recherche im Internet und in anderen Medien. Nähere Informationen erhalten Sie [hier](#). Österreichisches Rotes Kreuz / ACCORD (Hg.) (2014): Leitfaden zur Recherche von Herkunftsländerinformationen. Deutschsprachige Kurzfassung der Handbuchs "Researching Country of Origin Information". Beilage zum Asylmagazin 12/2014. Wien/Berlin. Link zum [Leitfaden zur Recherche von Herkunftsländerinformationen \(PDF\)](#)

Woher komme ich? Reflexive und methodische Anregungen für eine rassismuskritische Bildungsarbeit. Arbeitshilfe des Diakonischen Werks Württemberg. Die Broschüre ist neben weiteren Materialien auf der [Homepage des Diakonischen Werks Württemberg zu rassismuskritischer Bildungsarbeit](#) verfügbar.

3. AKTUELLE TERMINE

Wir veröffentlichen hier Veranstaltungen mit landesweitem oder überregionalem Bezug. Weitere Veranstaltungshinweise (Fortbildungen, Veranstaltungen mit regionalem Bezug) finden Sie auf der Homepage

Wem gehört die Welt? Eine Ausstellung von Asylsuchenden

26.02.2015, 18 Uhr, Fellbach, Kill Galerie, Eberhardstr. 60

Eröffnung der Ausstellung zum Fotografie- und Installationsprojekt von Barbara Hasenmüller.

Rahmenveranstaltungen:

13.3., 18 Uhr, Landesverband Deutscher Sinti und Roma

26.3., 19 Uhr, The Voice Refugee Forum BW

Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Sa, 07.03.2015, 9.30 Uhr bis 17 Uhr, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12, Stuttgart

Mit Mitgliederversammlung und Vorstandswahl. Zu Programm und Anmeldung: [Weiterlesen ...](#) [Programm als pdf](#)

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge versus Fachkräftemangel: Bildung und Ausbildung für alle Jugendlichen!

Fr, 13. März 2015, GENO-Haus Stuttgart GmbH, Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart, R: 1-2 EG

Veranstalter: Der Paritätische Baden-Württemberg. Link zu [Programm und Anmeldung](#)

Stuttgart ist und bleibt bunt! - Internationaler Tag gegen Rassismus

Samstag, 21.03.2015, 15:00, Schlossplatz Stuttgart

Veranstalter: NoPegida Stuttgart. Unterstützt wird die Kundgebung von den Anstiftern, der Grünen Jugend Stuttgart, der Linksjugend Stuttgart, den Jusos Stuttgart, der ver.di Jugend Stuttgart und vielen anderen.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Homepage der Stiftung für die internationalen Wochen gegen Rassismus](#).

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft,

eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67,

Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

Redaktion: Andreas Linder, Melanie Skiba, Sebastian Röder. Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Manfred Budzinski

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.